



## Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss  
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms  
Tel. 0 62 41 – 30 52 49  
Fax: 0 62 41 – 30 52 54  
[klaus.hagemann@wk.bundestag.de](mailto:klaus.hagemann@wk.bundestag.de)  
[www.klaus-hagemann.de](http://www.klaus-hagemann.de)

### **Vogelgrippe: Weiter wachsam bleiben ohne überzureagieren**

MdB Hagemann lädt Geflügelzüchter aus der Region zu Diskussion ein

*Oppenheim, 1. Februar 2007*

Angesichts des neuesten Nachweises des Vogelgrippe-Virus H5N1 in Ungarn und weiterer Meldungen über Ausbrüche der Tierseuche weltweit, hat der Bundestagsabgeordnete Gustav Herzog (SPD) für weitere Wachsamkeit aber ohne Überreaktionen plädiert. Auf Einladung seines Kollegen Klaus Hagemann (SPD) war der Fachmann aus dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Bundestag in den Winzerausschank des Oppenheimer Rathauses gekommen, um mit Geflügelzüchtern aus Rheinhessen über die gegenwärtige Situation in der Region zu diskutieren.



*Bild: Im Winzerausschank des Oppenheimer Rathauses diskutierten der Vorsitzende der Oppenheimer Rassegeflügelzüchter Adalbert Heyden, der Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der Rassegeflügelzüchter, Rainer Stumpf, die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Gustav Herzog und Klaus Hagemann sowie Oppenheims Stadtbürgermeister Marcus Held (von links nach rechts) mit Geflügelzüchtern aus Rheinhessen.*

Ob infizierte Katzen auf der Insel Java, menschliche Todesfälle in Indonesien, Vogelgrippe-Verdachtsfälle in Russland oder Japan, das Virus sei noch immer in der Welt und gefährlich für Tier und Mensch, berichtete Herzog. Dennoch sei dies kein Grund zu Überreaktionen in Deutschland, betonte der SPD-Parlamentarier zugleich. Insbesondere die Stallpflicht für Geflügel macht den Züchtern zu schaffen, erklärte der Vorsitzende des Oppenheimer Rassegeflügelzuchtvereins, Adalbert Heyden. Besonders betroffen sind dabei die als „Risikogebiete“ eingestuften Regionen entlang des Altrheins. Dort würden vergleichsweise besonders strenge und mitunter willkürliche Maßstäbe angelegt, beklagte ein Züchter aus Gimbsheim. Die Aufstallungspflicht schränke dabei nicht nur die Nachzucht von Jungtieren ein und reduziere den Bestand dramatisch, sondern die damit verbundenen Auflagen verursachten dem Landesverband Rheinland-Pfalz enorme Kosten, sagte der Landesvorsitzende Rainer Stumpf. Und nicht zuletzt hätten knapp ein Viertel der Kleinzüchter ihr Hobby inzwischen ganz an den Nagel gehängt. Herzog hält deshalb im Gegensatz zu Bundesverbraucherminister Horst Seehofer einen Vorschlag des Landes Rheinland-Pfalz für sinnvoll, die Aufstallung nur in Risikogebieten zu verlangen mit der Möglichkeit, in besonders begründeten Fällen Ausnahmeregelungen zuzulassen. Da aber keine Mehrheit hierfür im Agrar-Ausschuss des Bundesrates zu erwarten sei, geht Herzog von einer Verlängerung der bisher bestehenden eher strengen Aufstallungs-Regelung bis zum 31. Oktober 2007 aus, die kaum Spielraum in Risikogebieten biete.

Marco Sussmann